Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß: Sonntag.

Vierteljährl. Abonnement 1,50 Goldmark.

Anzeigenpreis: 4 einsp. Nonpareillezeile (Nichtverinl. ausgeschl.) 0,60 Goldmark. Maßnahmen. Anzeigen bis Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Treffitsch, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 403 Versandst. u. Redakt.: Nürnberg 1, Eisenwerinstraße 1,1 Zahlungen: Postscheckkonto: 23989 Expedition „Der Schuhmacher" Abg.

Nummer 14 | Nürnberg, den 31. März 1926 | 40. Jahrgang

Osterruf!

Seht, nun schmückt Ostara wieder
Baum und Busch mit grünem Schleier,
und vom Himmel lacht hernieder
Frühlingssonnenstrahl; der Weiher
glänzt nun wieder klar und rein
wie ein heller Silberschrein!

Neues Leben allerwegen!
Rosa, braun und sammetgrün,
feuchtet bunter Knospensegen;
Tausendschön und Veilchen blühn,
und die Schwalbe — welch ein Fest! —
baut ihr kleines Vogelnest!

Und die Osterglocken singen
in die blauen Frühlingslüfte,
Auferstehungslieder klingen
durch die frischen Lenzesdüfte.
Ueberall in Harmonie
Tönt die Ostermelodie!

Auch du, Arbeitsvolk, erwache!
Strecke dich zu neuem Leben,
daß von neuem sich entfache
All dein großes Freiheitsstreben!
Schwing dich auf zu starker Tat,
um so eher reißt die Magd!

Steht zusammen, Schwestern, Brüder!
Strebt zur Menschheitsauferstehung!
Reißt des Mammons Zwingburg nieder,
das bedeutet Menschenhöhung!
Ringt voll Kraft und Einigkeit
für die Menschheitsosterzeit!

Taefs.

Osterstreben.

Nun klingt es wieder heller in Feld und Hag. Der Winter ist in die Eisfelder des hohen Nordens entflohen und die Natur rüstet zur Auferstehung. Die Lenzesgöttin Ostara schreitet durch die Lande und überschüttet Wiese, Feld und Busch mit Frühlingsgrün und braunen Knospen, sie zaubert hervor neues Leben und zarten Blütenflor. Und die Lerchen jubilieren im hellen Tag, Amseln und Drosseln bauen ihre Nester — alles rüstet zu neuer Lebensentfaltung und Fortentwicklung. Ostern ist da, das liebliche Fest des jungen lebenweckenden Frühlings!

Soll ein solches Frühlingsstreben nach neuer Kraft- und Fruchtentfaltung nicht auch den Gewerkschaften eigen sein? „Wirf ab, Herz, was dich kränkt und was dir Sorge macht!" So singt der Dichter. Sollten wir nicht ein gleiches tun? Ganz gewiß: Der verflossene Winter hatte für viele nur Not und Elend übrig. Nie zuvor erlebte Arbeitslosigkeit lag mit bleiernet Schwere über Deutschland und bedrückte die Aermsten der Armen. Erwerbslosendend schlimmster Form, hervorgerufen durch Kriegsfolge und unternehmerliche Bornierthheit, die da glaubte, durch lange Arbeitszeit und Hungerlöhne die Wirtschaft wieder „ankurbeln" zu können. Ach, sie hätten selbst beim Achtstundentag nicht allen Arbeit geben können, sie drosselten ja die Kaufkraft der breiten Massen durch Hungerlöhne, schufen dadurch ja selbst die Krise, die die Arbeiterschaft noch heute quält und drückt. Und dann lehrte die Erfahrung, daß gerade jene Industriegewaltigen, die es brutalzäusstig mit Längerarbeit und Hungerlohn schaffen wollten, zu allererst von der ärgsten Krise heimgesucht wurden. Ihre stimmerhafte Wirtschaftspolitik erlitt elend Schiffbruch, hat aber dennoch nicht der „Wirtschaftskapitäne" starren Sinn geändert. Noch immer erhoffen sie die Heilung der Wirtschaft vom falschen Rezept . . .

Und darüber ist es nun Frühling geworden. Die Arbeitsnot — wenn auch noch immer riesengroß — hat sich etwas gemildert. Da gilt es für uns als überzeugte Gewerkschafter, erneut Odem zu schöpfen und zu neuer Tat zu rüsten. Denn der Unternehmerhochmut ist immer noch lebendig, immer noch starren diese „Wirtschaftsführer" auf ihr verpfuschtes Rezept wie auf das Idol, das allein Heilung bringen kann. Noch immer erhoffen sie von ihrer brutalen Blindfäustigkeit und der Unterdrückungsgewalt volle Scheuern. Um so mehr Grund für uns, wachsam und tätig zu sein. Unbarmherzig würde das Unternehmertum die Arbeiter zu Sklaven und rechtlosen Heloten zusammenstampfen, wenn sich seiner Unterdrückungsbegierde nicht die Gewerkschaften entgegenstemmten!

Hier müssen wir einsetzen. Winterstürm und Winterleid haben so manche Lücke ins Gewerkschaftsgebäude gerissen. Nun aber ist es Frühling und in blauen Lüften zwitschern die Lerchen das hohe Lied der Freude und Lebensbejahung. Und wir? Auch wir bejahen das Leben, auch wir wollen ein wenig Lebensfreude und Daseinsglück. Und wie wir uns dies erringen? Indem wir uns stark machen, indem wir unsere Gewerkschaft kräftigen. Rütteln wir auf, was im Winterelend das gewerkschaftliche Ziel aus dem Auge verlor, was bedrückt vom Alltagskummer der Gewerkschaft den Rücken gekehrt hat! Sagen wir ihnen, daß Hoffnungs- und Mutlosigkeit der größte Feind der Schwachen ist und auch die Schwachen stark sind, wenn sie einig sind. Einigkeit aber heißt Gewerkschaft. Ein Sinn, ein Streben, ein Wollen, ein Ziel, eine Organisation. Das macht auch uns stark und mächtig. Und wir sind um so mächtiger, je stärker wir an Zahl sind. Darum her zu uns! Auf, ihr Zagen und Schwachen, erhebt getröstet das Haupt, ihr seid nicht allein, wenn ihr zur Gewerkschaft steht! Mutvoll zur Organisation, mutig zusammengestanden, sei es zur Abwehr, sei es zum Angriff, dann wird sich an unserer festen Phalanx der Unternehmerhochmut brechen wie Wellengebraus am Felsen!

Der Frühling ist das Symbol des wiedererwachenden Lebens, der Auferstehung aus Winternacht und Frostesnot. Auch uns und unsere Organisation soll er dies sein! Gleichwie die Natur rüstet in neuerwachtem Schaffensdrang zu neuem Leben, zur Auferstehung, so sollen auch wir dies tun. Wir wollen nicht tägliche Brosamen, wir wollen teilnehmen an der Sommerernte, die da verbreitet wird durch Saat und fleißige Arbeit. Ackern und säen muß, wer sich an Blüten erfreuen und Früchte ernten will. Nun wohl! Beackern wir den Boden der Organisation mit dem Werkzeug der Aufklärung, säen wir in den aufgelockerten Boden die Samenkerne der Solidarität, des Opfermuts und der Kampfbereitschaft, dann wird unser gewerkschaftliches Osterstreben tausendfältig Frucht tragen und uns führen aus dumpfer Frohn zur Menschheitsbefreiung und zum Menschheitsostern!

Draußen webt der Frühling und klingen die Osterglocken. Heraus aus niederer Hütte und enger Mietskaserne zum Osterstreben! Damit es besser werde!

*

Abbau nur von unten her.

(FGB.) Der bekannte bürgerliche Wirtschaftstheoretiker Dr. F. Pinner veröffentlichte kürzlich im „Berliner Tageblatt" einen für die kapitalistischen Wirtschaftsführer wenig schmeichelhaften Artikel. Der Verfasser weist zunächst in längeren Ausführungen auf einen Uebelstand hin, der nicht nur nationale Geltung hat, sondern der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsführung anhaftet: den Zwiespalt zwischen wirtschaftlicher Organisation und wirtschaftlicher Führung. Obwohl die Organisation des Wirtschaftsapparates bei weitem nicht so wunderbar ist, wie sie der Verfasser darstellt, kann man auf alle Fälle seinen Betrachtungen über den Mangel an einer überlegenen Wirtschaftsführung voll zustimmen. Dr. Pinner schreibt darüber u. a.:

„Tausende von Interessenverbänden und Syndikaten veröffentlichen jahraus, jahrein Zehntausende von Denkschriften und Jahresberichten. Findet man darin einmal einen wirklichen originellen Gedanken, ein selbständiges Urteil, eine klare Anschauung von den Problemen unserer Wirtschaft, so ist das eine große Seltenheit... In der großen Mehrzahl der Fälle enthalten die Denkschriften immer wieder dieselben Klischees, dieselben Plattheiten und manchmal sogar Schiefurteile über die allgemeine Lage, und dort, wo man wenigstens instruktives Fachmaterial statistischer Art über die besonderen Verhältnisse der einzelnen Industrien finden möchte, gähnt uns entweder überhaupt ein Vakuum oder ein interessenpolitisch frisiertes Material entgegen."

Zu sonderbarem Gegensatz zu dieser geistigen Verarmung steht eine ständige Erweiterung des Stabes der Direktoren, Aufsichtsratsmitglieder und Inhaber aller jener Dekorationsposten, die lediglich den Zweck haben, die Gewinne in die Taschen von Vettern und Freunden fließen zu lassen, die nicht die geringste produktive Arbeit leisten. Für diese Auswüchse findet Dr. Pinner die schärfsten Worte. So sagt er u. a.:

„Während die wirtschaftlichen Kreise auf allen übrigen Gebieten immer wieder mit der Forderung des Abbaues hervortreten, während sie namentlich der Arbeiterschaft und der öffentlichen Staatswirtschaft gegenüber nicht müde werden, auf eine Verringerung unproduktiver Lasten hinzudrängen, haben sie sich und uns gegenüber noch niemals die Frage mit dem erforderlichen Ernst aufgeworfen: Was kostet der Volkswirtschaft dieser überteuerte Apparat, und was schadet er? Was wir bisher in der Wirtschaft (manchmal bis zum Grade der Brutalität getrieben) gesehen und erlebt haben, das war doch im wesentlichen der „Abbau von unten". Der Abbau von oben, der nicht minder notwendig ist, hat bisher nur recht kärgliche Fortschritte gemacht. Der Kurswert der deutschen Aktiengesellschaften ist auf ein Drittel oder ein Viertel des Vorkriegswertes gesunken. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder hat sich im Zusammenhang damit nicht nur nicht in dem gleichen Grade verringert, sondern sie ist ganz enorm gestiegen. Das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte verzeichnet die von ihm aufgeführten Persönlichkeiten in seinem letzten Jahrgang auf mehr als 3000 Seiten gegen etwa 1300 Seiten im Jahre 1913. Während nur ein geringer Teil der Gesellschaften in der Lage war, seinen Aktionären für die Jahre 1924 und 1925 Dividenden auszuschütten, haben sich die Aufsichtsratskollegien auch für den Fall der Dividendenlosigkeit durch Fortsetzung von Mindesttantiemen „angemessene" Bezüge zu sichern verstanden. Die Zahl der Direktoren bei unseren großen Banken und Industriegesellschaften, die in ihren unteren Schichten sehr radikal vom Abbau ergriffen wurden, ist nur ganz geringfügig vermindert worden . . . Bei den großen Fusions- und Konzentrationsplänen der letzten Zeit bestanden die Hauptschwierigkeiten zugegebenermaßen darin, daß die Regelung der Personalverhältnisse in den Direktionen der zusammenzulassenden Betriebe immer wieder auf schwer überwindliche Hindernisse stieß. Sachlich wäre es durchaus möglich gewesen, mit einem kleinen Teil der Direktoren auszukommen, und in den auf diese Weise erzielbaren Ersparnissen und Vereinfachungen waren erhebliche Vorteile solcher Fusionen zu erblicken gewesen. Aber natürlich wollte niemand von den großen Herren weichen. So übernahm man dann wieder einen viel zu großen Verwaltungsapparat in die konzentrierten Betriebe, aber man half sich damit, daß man den in keiner Weise unterbringbaren Persönlichkeiten Sitze im Aufsichtsrat einräumte oder hohe Pensionen oder beides zusammen zubilligte. Aehnlich liegen die Verhältnisse nicht nur bei Aktiengesellschaften, sondern auch bei vielen Privatfirmen. Ueberall stehen zu viele leitende Persönlichkeiten an der Spitze der Unternehmungen, beanspruchen Beteiligung an den Gewinnen,

Die wirtschaftlichen Zustände Rußlands.

Sollen wir Delegationen nach Rußland schicken?

(Fortsetzung und Schluß.)

Genosse Otto Bauer (Wien) kam im weiteren Verlauf seiner Rede dann auf die Frage der Delegationen zu sprechen.

Er führte hierzu folgendes aus:

„Es wäre sehr töricht gewesen, europäische Arbeiter nach Rußland einzuladen, zu einer Zeit, wo es sehr schlecht ging. Jetzt wollen sie zeigen, was sie zu leisten vermögen. Diese Erkenntnis über die Verbesserung sagt uns aber noch eins: es sagt uns Lesterreichern vor allem, daß wir jetzt viel mehr wirtschaftliche Gründe als früher haben, uns für die Herstellung von Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland zu interessieren. Das Wichtigste aber ist eine andere Frage. Die Bolschewiki haben in den ersten Jahren nach der Revolution eine Fülle von Experimenten gemacht, die alle getragen waren von dem Wahne, es wäre möglich, in einem Lande von mehr als hundert Millionen Menschen, wo die Bauern die große Mehrheit sind, mit einem Sprunge vom Kapitalismus in den Sozialismus zu kommen. Das Resultat war nicht nur die Hungersnot in Rußland, sondern das Entsetzliche war, daß der Mißerfolg der russischen Experimente den Sozialismus in ganz Europa kompromittiert hat. Das Wichtigste für uns als Sozialdemokraten ist, daß jetzt doch die Hoffnung entsteht, daß zwar noch nicht der Beweis erbracht ist, aber in ein paar Jahren dort erbracht werden kann, daß es auch ohne Kapitalisten geht. Sie begreifen, welche Stärkung der Sozialismus in ganz Europa erfahren muß, wenn es dort gelingen würde, das zu beweisen. Heute sind wir noch nicht so weit. Es ist noch kein Sozialismus, es ist aber auch kein Kapitalismus, es ist ein Land in einem Uebergangszustand, seine Wirtschaft enthält sehr viele kapitalistische Elemente, aber auch sehr viele sozialistische Großindustrie. Außenhandel und große Teile des Binnenhandels gehören dem Staat, ein anderer Teil den Genossenschaften: der Kapitalismus ist aus einem großen Teil der Wirtschaft ausgeschaltet. Heute kann uns der europäische Kapitalismus noch sagen: die Preise sind dort hoch, es wird zu teuer produziert, wahnsinnig produziert die kapitalistische Industrie noch besser. Das ist heute noch unwiderlegbar, aber wir sehen den Fortschritt, die Tendenz der Entwicklung, deswegen können wir hoffen, daß, wenn man die Russen in Ruhe läßt, die weitere Fortschritte werden machen können und wirklich den Beweis erbringen, der noch nicht als erbracht behauptet werden kann, den experimentellen Beweis, daß es ohne die Kapitalisten geht! Deshalb ist es das größte Interesse des Sozialismus in der Welt, daß das gewaltige Experiment der russischen Revolution nicht durch feindliche kapitalistische Mächte gestört werde. Deswegen unser Standpunkt, an dem wir immer festgehalten haben und festhalten werden, daß die Arbeiterklasse aller Länder das stärkste Interesse daran hat, die Sowjetrepublik zu schützen. Was immer uns von den Bolschewiki trennen mag, gegenüber den kapitalistischen Feindseligkeiten müssen wir ihnen volle Solidarität bewahren. Das haben wir österreichischen Sozialdemokraten immer festgehalten, das erklärt auch, warum wir in Marseille dem einseitigen Antibolschewismus anderer Parteien entgegengetreten sind. Das ist der Grund, warum unsere Genossen von der Genossenschaftsbewegung auf der Genossenschaftskonferenz in Paris dieselbe Politik verfolgt haben, der Grund, warum Genosse Hueber in Amsterdam denselben Standpunkt vertreten hat.

Auf der anderen Seite wäre es aber sehr töricht, wenn wir deswegen aber die notwendige Kritik, die wir an den Bolschewiki üben müssen, verschweigen würden. Erlauben Sie mir, ganz deutlich zu sagen, was es ist, woran ich da denke. Ich meine damit nicht, daß wir über hundert Fragen anders denken als die Bolschewiki. Verschiedenheiten gibt es auch zwischen den sozialistischen Parteien. Aber darüber will ich gar nicht reden. Es gibt zwei Dinge, die da entscheidend sind. Die eine Tatsache ist der Terror, der auch jetzt noch gegenüber unseren engeren Parteigenossen, den russischen Sozialdemokraten, geübt wird. Lassen Sie mich da eine charakteristische Geschichte erzählen, die mit der Frage der Arbeiterdelegation zusammenhängt. Im Jahre 1920 kam die erste englische Arbeiterdelegation nach Rußland. Zu

und dadurch werden die Betriebe veranlaßt, mit zu hohen Gewinnquoten, jedenfalls weit höheren als vor dem Kriege, zu kalkulieren. Die volkswirtschaftlich dringend notwendige Senkung der Preise wird durch derartige, in Deutschland noch immer nicht ausreichend revidierte Kalkulationsmethoden naturgemäß erschwert . . .

. . . Eins greift dabei ins andere. Damit die hohen Gewinnquoten aufrechterhalten werden können, sind Kartelle und Interessenverbände notwendig, und diese beanspruchen — ganz abgesehen von den Hemmungen, die sie einer rationellen Wirtschaftsführung und Preisbildung oft entgegenstellen — natürlich gleichfalls einen sehr erheblichen Kostenaufwand. Auch die Verbände und ihre Leiter unterliegen ebenso wie die Verwaltungen der einzelnen Unternehmungen dem „Selbsterhaltungstrieb des Apparates". Sie kämpfen auf der einen Seite mit einem großen Aufwand von Energie und Ueberzeugungskraft für den Abbau auf allen möglichen Gebieten. Sie kämpfen aber auf der anderen Seite mit einem Löwenmut, der noch viel größer ist, gegen ihren eigenen Abbau. Bei alledem ergibt sich dann, daß die Wirtschaft, die so wacker gegen die Ueberspitzerung des öffentlichen Verwaltungsapparates in den Staaten, Kommunen usw. zu schnälen weiß, zwar den Splitter im Auge des Nächsten, nicht aber den Balken im eigenen Auge sieht. Die Vielzahl der Parlamente und öffentlichen Verwaltungskörper wird von den Statistikern der Wirtschaftsorganisationen begeistert registriert und in ihren Auswirkungen auf die Kostendes öffentlichen Verwaltungsapparates schwarz in schwarz hingemalt. Welche Heere von Syndizi, Generalsekretären, Hilfsarbeitern usw. sich aber in den Verbands- und Kartellbureaus herumdrücken, und wie gering das Ausmaß des Abbaues ist, das auf diesem Gebiete bisher vorgenommen wurde, darüber schweigt des Statistikers Höflichkeit. Ein Fachblatt hat kürzlich ausgerechnet, daß ein einziges, nicht einmal sonderlich kompliziertes und nur aus einer geringen Zahl verschiedenartiger Materialien zusammengesetztes Erzeugnis wie ein Motorrad in allen seinen Herstellungsstadien nicht weniger als 17 Syndikate durchlaufen muß, ehe es an den Konsum gelangt."

Deutschland u. die Dumpingabwehr.

Die industrielle Presse führt seit Wochen einen recht energischen Kampf um Einführung von Antidumping-Maßnahmen. In diesem Kampf verweist sie immer wieder darauf, daß in Frankreich, Belgien und Italien, sowie Polen infolge der fortschreitenden Zerrüttung der Währungen dieser Länder möglich sei, die deutsche Ware auf dem Weltmarkte im Preise zu unterbieten. Als Schutz dagegen wird eine Antidumping-Gesetzgebung verlangt, wie sie angeblich auch andere Länder durchgeführt haben.

Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß sich hinter der Entrüstung gegen das Dumping anderer Industriestaaten in diesen Fällen nur die Neigung unserer Industriellen versteckt, eine neue Verschärfung der deutschen Zölle herbeizuführen. Deshalb ist wohl eine Denkschrift von großer Wichtigkeit, die das Reichswirtschaftsministerium auf Veranlassung des Deutschen Reichstages über die ausländische Gesetzgebung zur Abwehr des Dumpings, insbesondere des Valutadumpings ausgearbeitet hat. In der Denkschrift wird zwischen dem Dumping und dem Valutadumping scharf unterschieden. Soweit das bloße Dumping, das auf Exportprämien beruht, in Frage kommt, haben sich die Schweiz, Spanien, Frankreich, Polen, Belgien, Oesterreich und die Tschechoslowakei eine Gesetzgebung dagegen geschaffen. Bei Oesterreich und der Tschechoslowakei ist zu beachten, daß die beiden genannten Länder gesetzliche Bestimmungen gegen ein Sozialdumping haben. Diese Bestimmungen werden ohne Rücksicht auf Vorliegen eines echten Dumpings angewandt, um das Unterbieten im Preis auf Grund ungünstigerer sozialer Bedingungen zu bekämpfen.

Soweit das Valutadumping in Frage kommt, stellt die Denkschrift u. a. folgendes fest: Das Valutadumping haben in verhältnismäßig wirksamer Weise von ihrem eigenen Markt nur Belgien, die Schweiz, Kanada, Australien und Neuseeland fernzuhalten versucht. Der Gesamtexport derjenigen Länder, deren Industrie in größerem Umfang Valutadumping getrieben hat, ist durch ausländische Valutadumpingbestimmungen nur in geringem Umfang erschwert worden. Gerade die am stärksten am Weltbandel beteiligten Staaten haben auf eine Bekämpfung des Valutadumpings entweder ganz verzichtet oder sich mit vorübergehenden Maßnahmen für einzelne wenige Waren begnügt. Die zollpolitische Bekämpfung des Valutadumpings hat bisher also noch nicht zu den allgemein gebräuchlichen Methoden der internationalen Handelspolitik gehört.

Fachausschüsse für Hausarbeit.

Es ist leider eine allgemein zu beobachtende Tatsache, daß die Arbeiterschaft von den ihr aus den sozialpolitischen Gesetzen resultierenden Rechten nicht in dem Umfange und mit dem Nachdruck Gebrauch macht, als es im Interesse der Arbeiterschaft wünschenswert ist. Dies gilt auch im erheblichen Teil für die zum Schutz der Heimarbeiter zu bildenden Fachausschüsse. Nur für die Konfektion und Textilindustrie ist Deutschland mit einem fast völlig geschlossenen Netz von Fachausschüssen überspannt. Und zwar bestehen für die Konfektion gegenwärtig 21 und für die Textilindustrie 12 solcher Fachausschüsse. Zwei weitere Fachausschüsse sind dann noch für die Spielwarenindustrie errichtet, die ihren Sitz in Sonneberg und Neustadt bei Koburg haben. Dann bestehen aber nur noch je ein Fachausschuß für die Kunstblumenindustrie mit dem Sitz in Dresden, einer für die Papierwarenindustrie mit dem Sitz in Stuttgart, einer für die Glasindustrie mit dem Sitz in Neuhaus, einer für die kunstgewerblichen Handarbeiten mit dem Sitz in Dresden, einer für die Korbmacherei mit dem Sitz in Lichtenfels und ein Fachausschuß für Strohhutnäherei mit dem Sitz in Lindenberg. Für die Schuhindustrie ist bis jetzt nur ein einziger Fachausschuß errichtet im Bezirk Frankfurt a. M., der sich aber auch nur auf die Stoffschuhherstellung erstreckt. Die Liste der im „Reichsarbeitsblatt" Nr. 7, Seite 8 mitgeteilten Fachausschüsse vergleicht im ganzen nur 43 derartige Ausschüsse.

Vergegenwärtigt man sich den Umfang und das Elend der Heimindustrie, wie es auch auf der Berliner Heimarbeitsausstellung im Frühjahr 1925 zum Ausdruck kam, so kann man nur lebhaft wünschen, daß auch für die übrigen noch in Frage kommenden Bezirke und Industriegruppen baldigst solche Fachausschüsse gebildet werden. Denn der wichtigste Schutz für die Heimarbeiter ist unbedingt die Festsetzung eines angemessenen Lohnes. Gerade diesen Aufgaben sollen aber nach dem Hausarbeitsgesetz die Fachausschüsse im wesentlichen dienen. Hierzu gehört vorwiegend die Forderung der Abschlüsse von Vorkommnissen und Tarifverträgen für die Heimarbeiter, und ferner die Aufgabe, die Bestimmungen von Tarifverträgen über die Entgelte als allgemeinverbindlich zu genehmigen und Mindestentgelte für Heimarbeiter festzusetzen.

Mit Recht ist auch vom Reichsarbeitsminister darauf hingewiesen worden, daß in den Fällen, wo Heimarbeiter nicht den tarifmäßigen Lohn erhalten, aber aus Bequemlichkeit, ihre Beschwerde zu verfolgen, nicht den Rechtsweg beschreiten, es vor allem Aufgabe des Vorsitzenden der Fachausschüsse ist, von der Möglichkeit des § 37 des Hausarbeitsgesetzes Gebrauch zu machen, wonach solche Unternehmer in Strafe genommen werden können, die den Heimarbeitern schadenersatzpflichtig sind. Die Beschlüsse und Anträge der Fachausschüsse, wie sie besonders im § 29 des Hausarbeitsgesetzes vom 30. Juni 1923 klar und deutlich festgelegt sind, sind also so erheblich, daß bei einer gewissenhaften und intensiven Tätigkeit derselben die heute noch bestehenden Mißstände bald zur Unmöglichkeit würden.

(„Gewerkschaftliche Frauenzeitung".)

Die Entscheidung über den Schiedsspruch.

Annahme des Schiedsspruches durch die Beiratssitzung.

Ueber Annahme oder Ablehnung des für die Schuhindustrie gefällten Schiedsspruches war, wie bekannt, vom Reichsarbeitsministerium den beiderseitigen Parteien eine Erklärungsfrist gesetzt bis 24. März. Für den 23. März war dieserhalb nach Nürnberg eine Beiratssitzung einberufen, um den Standpunkt der Arbeitnehmerseite festzulegen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung durch Erheben von den Sitzen das Andenken unseres Ortsangehörigen, des Kollegen Schaller in München. Der Vorsitzende, Kollege Simon, hob in einer Ansprache die Verdienste hervor, die sich der Verstorbene um die Organisation der Schuhmacher, insbesondere in München, erworben hat.

Die Beratungen der Beiratssitzung waren diesmal sehr ernster Natur. Herdachte es sich doch um die Frage, ob die Arbeiter in der Schuhindustrie nunmehr in einen tariflosen Zustand hineinsteuern, oder ob sie den Schiedsspruch doch noch als eine tarifliche Basis ansehen könnten. Der Ernst der Lage erforderte es deshalb, die Bedingungen, die der Schiedsspruch bringt, bezüglich ihrer Auswirkungen einer gründlichen Durchbesprechung zu unterziehen. Das ist auch geschehen. In einer Sitzung, die bis abends 6½ Uhr andauerte, wurde Punkt für Punkt in ausführlicher Weise durchgenommen, wobei die Mitglieder des Beirats wohl fast ohne Ausnahme zum Wort gekommen sind.

Zunächst wurde von den Besitzern bei der Schlichungskommission ein Bild über die Schlichungsverhandlungen gegeben. Bekanntlich war es für unsere Industrie das erstemal, daß versucht wurde, vor dem Forum einer amtlichen Schlichtungsstelle nicht nur eine Verständigung in Lohnfragen, sondern die Erneuerung des ganzen Tarifwerks zustande zu bringen. Wie hartnäckig der Kampf gegen die Verschlechterungsanträge der Fabrikanten gewesen ist, geht schon daraus hervor, daß die Beratungen und Auseinandersetzungen vor der Schlichungskammer sich auf sechs Tage ausdehnten. Auf den Schlichter scheint die stereotype Redensart der Fabrikanten: „Der Industrie geht es schlecht" Eindruck gemacht zu haben, obschon unsere Vertreter mit durchschlagendem Material nachweisen konnten, daß die Löhne und die Soziallasten die Gestaltung der Verkaufspreise am wenigsten beeinflussen. Aus der genannten Sachlage ist es erklärlich, daß die von den Arbeitern geforderten Sicherungsvorschläge nicht genügend zum Durchbruch kamen. Die Vertreter von der Arbeiterseite hatten sich immer erneut darauf zu konzentrieren, die Verschlechterungen, wie sie von der Fabrikantenseite erstrebt wurden, illusorisch zu machen.

Es ist ihnen dies allerdings nur zum Teil gelungen. Aus der vorigen Nummer sind dem Leser ja bereits die Veränderungen des Tarifes bekannt, die eine Verschlechterung bedeuten. Immerhin konnte doch einer Reihe von Verschlechterungsanträgen der Fabrikanten die Spitze abgebrochen werden.

Eine günstigere Fassung als bisher erhält der Tarif im § 3 im Schlußsatz, in welchem durch Einschaltung des Wortlautes „verhältnismäßig" die Bestimmung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wieder eingeschaltet ist. Weiter besagt die Einschaltung des Wörtchens „nur" im § 4, daß der Gruppenakkord oder das Prämiensystem tariflich als unzulässig zu betrachten ist. Unserem Antrag zu § 5, der sich gegen die Durchbrechung des Lehrvertrags durch Einstellung geringer bezahlter „Volontäre" oder „Praktikanten" richtet, ist Rechnung getragen worden. Der § 9 erhält insofern eine verbesserte Wortfassung, indem er für Zeitlohnarbeiter, die an Menge und Güte besonderes leisten, einen höheren Lohnanspruch festsetzt. Wichtig erscheint, daß hierfür die Mitwirkung der Betriebsvertretung ausgesprochen ist. Eine weitere Verbesserung im § 9 bedeutet das Anerkenntnis, daß unter gegebenen Verhältnissen auch vom Akkordsystem wieder zum Zeitlohnsystem übergegangen werden kann. Ferner ist die Bestimmung von größter Wichtigkeit, daß Kontrollen, die der einmal festgesetzten Akkordschere zur ausschließlichen Grunde vorgenommen werden dürfen. Zeitlich enthält der § 21 des Tarifes einige Verbesserungen im Sinne der Arbeiter. Es ist klar ausgedrückt, daß das Anlaufen eines Fabrikanten auf allgemeine oder gruppenweise Herabsetzung der Löhne bzw. Lohnsätze tariflich unzulässig ist; auch bei Wiederaufnahme der Arbeit nach Stillegungen von Betrieben gelten die zentral vereinbarten Lohnregelungen, (nicht etwa nur die Mindestlöhne), ein Lohndruck in solchen Fällen darf demnach nicht stattfinden. Bei Wiedereröffnung sollen nach Bedarf zunächst die bisherigen Beschäftigten wieder eingestellt werden, wenn sie sich innerhalb acht Tagen zur Arbeit melden.

Das waren im großen ganzen die Verbesserungen des Tarifinhalts. Als Verschlechterung ist zunächst zu buchen im § 2, daß auch an Samstagen Ueberstunden zulässig sein sollen. Die Genehmigung ist an die Mitwirkung des Betriebsrats geknüpft. Letzten Endes soll über die Leistung von Ueberstunden überhaupt die Betriebstarifkommission mitsprechen, eine Bestimmung, die wir keinesfalls für günstig halten. Es gibt unseres Erachtens trotz Tarifvertrag Dinge, für die für die Verständigung im Betrieb selbst genügend Spielraum gelassen werden sollte. Wir machen kein Hehl daraus, daß nach unserer Annahme die Bestrebungen, mit Differenzfällen verschiedener Art allmählich die Tarifinstanzen zu belasten, zu sehr juristischen Gedankengängen entspringen. Wir glauben auch, annehmen zu dürfen, daß in der Praxis die Unternehmer unter loraler Beachtung des Tarifs im eigenen Betrieb mit den Arbeitern eine Verständigung suchen, anstatt es auf eine juristische Zuspitzung ankommen zu lassen.

Eine einschneidende materielle Verschlechterung ist die Gewährung der Krankheitsfeiertagsentschädigung nur auf die Krankheitsfälle, die länger als zwei Tage dauern. Sehr bedauerlich ist die Verschlechterung im § 6, die für die weiblichen Jugendgruppen den Tarifmindestlohn kürzt. Hier verdient aber hervorgehoben zu werden, daß an den Akkordlohnsätzen, die für die höheren Altersgruppen festgesetzt sind, nicht gerüttelt werden darf, wenn mit diesen Arbeitern auch Jugendliche beschäftigt werden. Die Mindestlöhne der jugendlichen weiblichen Arbeiter werden auf den Prozentsatz herabgesetzt, den wir vor Jahren schon einmal hatten. Diese Scharte wird später wieder ausgemerzt werden müssen. Unsere Vertreter hatten alles versucht, nachzuweisen, daß die Arbeit der Arbeiterinnen in unserm Beruf ganz anders gewertet werden muß als die in einer Reihe anderer Berufe. Leider sind diese Hinweise vergeblich gewesen. Einschneidend sind natürlich auch die Verschlechterungen bezüglich der Feriengewährung (nur noch sechs Tage) und der Ferienvergütung (Mindestfollverdienst). Auch die Berechtigung nach längerer Stillegung an Stelle der Ferien nur die Vergütung treten zu lassen, befriedigt nicht, denn sie inhibiert den eigentlichen Zweck der Ferien.

Der Ablauftermin des Tarifes ist auf den 31. März 1927 festgesetzt worden, ein Zeitpunkt, mit dem man sich von Arbeiterseite einverstanden erklären kann.

Bei der Beiratssitzung, die nun über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden hatte, herrschte Einmütigkeit in der Auffassung, daß die Verschlechterungen, die in ihm enthalten sind, nicht gering angeschlagen werden dürfen. Auf der anderen Seite mußte man sich aber zugleich die Frage stellen: Was kommt, wenn wir den Tarif ablehnen? Und diese Frage ist ebenfalls gründlich durchgesprochen worden. Es ist kein Geheimnis, daß im wirtschaftlichen Kampfe in der jetzigen Konjunktur die günstigere Position auf der Unternehmerseite liegt. Bei einem tariflosen Zustand würden die Kämpfe natürlich nicht abreißen. Es würde wohl Unternehmungen geben, die sich ihren Betrieb nicht stören lassen und eine Verständigung mit den Arbeitern suchen würden,

---

dieser Delegation kam eine Gruppe von russischen Genossen unter der Führung des Genossen Deviatkin. Er ist der Führer und Organisator der russischen Buchdrucker, selbst ein alter Buchdrucker. Er hat unter den russischen Buchdruckern ungefähr die Rolle gespielt, die bei uns unser alter Genosse Höner gespielt hat. Deviatkin stand 1920 noch an der Spitze der russischen Buchdruckerorganisation. Er ging zu den englischen Arbeiterdelegationen und hat ihr gesagt, was seiner Meinung nach an der Politik der Bolschewiki schlecht war; das war noch die Zeit jener gesellschaftlichen Experimente, die die Bolschewiki selbst ein Jahr später aufgegeben haben. Und die hat er kritisiert. Kaum war die englische Delegation weg, wurden Deviatkin und die andern sozialdemokratischen Buchdrucker, die bei den Engländern gewesen waren, verhaftet, weil sie Rußland vor den Ausländern schlecht gemacht hätten. Seitdem erlebt unser alter Genosse ein furchtbares Martyrium. Er ist lange Zeit im Gefängnis gesessen, dann in ein Konzentrationslager gekommen, dann verbannt worden, dann freigelassen worden, nach kurzer Zeit wieder verfolgt worden — er mußte unter einem fremden Namen leben — und fünf Jahre, nachdem er das große „Verbrechen" begangen hatte, wird ein neues Haftbefehl gegen ihn erlassen. Die Tscheka findet ihn nicht, daraufhin verhaftet sie seine Tochter, ein tuberkulöses Mädchen, daraufhin verhaftet sie seine Tochter, ein tuberkulöses Mädchen, setzt sie in Haft, um den Vater zu zwingen, sich zu melden. Schließlich meldet sich Deviatkin, wird eingesperrt, seine Tochter bleibt aber in Haft. Darauf tritt er in Hungerstreik, um die Behörden zu zwingen, seine Tochter freizulassen. Nach sechs Tagen wird die Tochter freigelassen. Er versucht nun, in ein anderes Gefängnis zu kommen, wo die anderen Sozialdemokraten sitzen. Das wird abgelehnt und Deviatkin tritt neuerlich in den Hungerstreik. Sie lassen ihn 18 Tage im Hungerstreik und erst als er dem Tode nahe ist, bewilligen sie ihm, daß er in das andere Gefängnis gebracht wird. Das ist ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterdelegationen!

Daß die Bolschewiki eine terroristische Diktatur geübt haben während der Zeit des Bürgerkrieges habe ich ihnen nie zum Vorwurf gemacht. Denn in einer solchen Zeit verlagen die demokratischen Methoden überhaupt. Aber der russische Bürgerkrieg ist fünf Jahre vorüber, die Sowjetregierung ist unzweifelhaft gefestigt, sie braucht sich nicht zu fürchten, die Stimmung im Lande ist ihr nicht feindlich, und trotzdem hält sie fest an dieser Methode des Terrors gegen Arbeiter und Sozialisten. Wir haben uns alle sehr aufgeregt, als vor kurzer Zeit die italienische Regierung die sozialistische Partei aufgelöst und erklärt hat, daß es eine strafbare Handlung ist, Mitglied einer sozialdemokratischen Partei zu sein, und das ist Rußland! Als in Marseille diese Dinge verhandelt wurden und einige Genossen gesagt haben, wir verlangen für Rußland die volle Demokratie, habe ich dort gesagt, das unterschreibe ich nicht. Nach all dem, was in Rußland geschehen ist, nach dem wilden Hasse, der sich da angesammelt hat, wäre es noch zu gefährlich, wenn man jetzt in Rußland die volle Freiheit der Presse und des Vereinsrechtes wiederherstellen würde. Aber es gibt Dinge, habe ich gesagt, die man verlangen kann, weil die Revolution schon hinreichend stabilisiert ist. Ich glaube, daß man verlangen kann die Amnestie für die Sozialisten, die in den Gefängnissen sitzen, die Legalisierung der sozialistischen Parteien, daß sie ihre Zeitungen und ihre Organisationen haben können. Selbst der kapitalistische Staat gibt kommunistischen Parteien selbstverständlich dieses Recht, und wo er ihnen es verweigern sollte, würden wir Sozialdemokraten uns dagegen wehren. Das muß jeder verstehen!

Als vor kurzem eine reichsdeutsche und tschechoslowakische Delegation in Rußland gewesen ist, hat man sie in ein Gefängnis geführt und ihnen dort die gefangenen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre vorführen lassen, damit sie sich selbst überzeugen, daß sie nicht verbunden, daß sie nicht schlecht behandelt werden, daß sie nicht mißhandelt werden. Ich muß sagen, ich beneide diese Sozialdemokraten in diesen Arbeiterdelegationen nicht, denn für mich wäre das ein moralisch unmöglisches Gefühl, wenn mit der russischen Sozialdemokrat vorgeführt und wenn er mir sagen würde: Du bist Sozialdemokrat und ich bin Sozialdemokrat; deswegen, weil ich Sozialdemokrat bin, sitze ich im Gefängnis. Und du, Genosse, laßt dich von derselben Regierung, die mich ins Gefängnis setzt, weil ich Sozialdemokrat bin, empfangen, bewirten, auf ihre Kosten wirst du herumgeführt! Ich könnte dem Genossen, der mir das sagen würde, nicht ins Gesicht schauen. Was wir also für Rußland zunächst verlangen, ist nicht eine formelle Demokratie, sondern die Legalisierung der sozialistischen Parteien in Rußland und noch etwas: nicht den Sturz der Sowjetverfassung, sondern die Verwirklichung der Sowjetverfassung, die Vermeidung eines Zustandes der Verknöcherung der Leitung in Bureaukratie.

Die Sowjets, die Arbeiterräte, sind eine sehr schöne Einrichtung, wenn sie von den Arbeitern in Freiheit gewählt werden. Das setzt aber unter den russischen Verhältnissen eines voraus: geheime Wahl. Denn die öffentliche Wahl, bei der jeder sagen muß, wen er wählt, und bei der er nicht weiß, ob er nicht dann nach Sibirien verschickt wird, ist keine freie Wahl. Wir freuen uns des großen Fortschrittes, der in Rußland gemacht wurde, wir glauben, daß er die größte Bedeutung für das europäische Proletariat hat, aber wir müssen den russischen Bolschewiki sagen, daß wir erwarten müssen, daß dem wirtschaftlichen Aufschwung auch der politische folge, und daß die Selbstbestimmung des Proletariats verwirklicht wird und alle proletarischen und sozialistischen Parteien Bewegungsfreiheit und Freiheit des Wettbewerbes um die Seele des Proletariats erlangen. Die zweite Tatsache, die uns von den Bolschewiki trennt, ist die, daß die russischen Bolschewiki noch heute an der Politik außerhalb Rußlands festhalten, durch die sie planmäßig, künstlich und oft mit unlauteren Mitteln Parteien und Gewerkschaften zu zersplittern bemüht sind. (Sehr richtig!) Mit haben da eine kleine Probe in Oesterreich gesehen. Nachlässigkeiten kommen auch beim besten Regime vor. Und so ist einmal aus Moskau ein Schreiben gekommen nach Wien abgegangen. Sofort konnte die „Rote Fahne" nicht mehr erscheinen. Dann kam das Geld und sie ist wieder erschienen. (Heiterkeit.) 1919 und 1919 haben die russischen Bolschewiki daran geglaubt, daß die Revolution in der ganzen Welt denselben Weg gehen würde wie in Rußland. Das war unmöglich, weil die Bauernschaft in der mitteleuropäischen Revolution eine ganz andere Rolle gespielt hat als in der russischen; weil Mitteleuropa wirtschaftlich von den Siegermächten viel abhängiger war als Rußland; und schließlich weil die geographisch-strategischen Bedingungen der Verteidigung der Revolution gegen die Siegermächte in Mitteleuropa ganz andere waren als in Rußland. Die Bolschewiki in revolutionärem Enthusiasmus all das verkennend, haben darum die Sozialdemokraten als Verräter erklärt und überall kommunistische Parteien gegründet. Heute wissen alle vernünftigen Menschen unter den Bolschewiki, daß die Lage anders ist, daß man hier andere Wege gehen muß. Trotzdem halten sie noch immer an den Methoden aus ihrer ersten utopistischen Periode fest. Sie greifen uns an und wir wehren uns selbstverständlich. Das darf gewiß nicht so weit gehen, daß wir die Solidarität mit dem Bolschewismus gegen die kapitalistische Reaktion vergessen würden. Aber ich dann nicht der Ansicht, daß wir auf seinen christlichen Standpunkt stehen sollen, der den Kommunisten, wenn sie uns auf eine Wange schlagen, auch noch die andere Wange hinhält. (Heiterkeit.)

Die tägliche bewußte Verleumdung der anderen Partei wird uns selbstverständlich nie hindern dürfen, die Sowjetrepublik gegen die

andere aber würden die für sie für einen Kampf anscheinend günstige Situation voll auszunutzen versuchen. Um die lohnhohe würden heftige langwierige Abwehrkämpfe entbrennen, unbeschadet der Tatsache, daß wir mit den Tariflöhnen längst nicht mehr an andere Berufe herankommen.

Volle Einigkeit bestand im Beirat, daß wir nicht den Grundsatz vertreten können: „Einen Tarifvertrag für alle Fälle." Als derjenige Körperschaft, die die Verantwortung zu tragen hat, hatte der Beirat aber die Gesamtsituation bei seiner Entscheidung zu berücksichtigen. Die gegenwärtige Lage wird durch die Ueberentwicklung der Industrie und die sich anbahnende Rückenwicklung noch besonders kompliziert. Von Bedeutung für die Entscheidung war schließlich auch der Gesichtspunkt, daß wir ja bezüglich des Lohnes nicht auf ein Jahr gebunden sind, im Gegenteil zu gegebener Zeit hervortreten können. Mit Ausnahme von drei Kollegen kam die Sitzung schließlich unter Würdigung aller Umstände zu dem Beschlusse, dem Schiedsspruche die Zustimmung zu erteilen. Auch die dagegen stimmenden Kollegen gaben die Erklärung ab, daß sie für den Beschluß voll und ganz eintreten werden.

Es ist nun heute schon auf die Konsequenzen, die dieser Beschluß mit sich bringt, aufmerksam zu machen. Wird dem Schiedsspruch auch von Unternehmerseite zugestimmt, dann tritt der Tarif mit dem 1. April in Wirksamkeit. Geben die Unternehmer diese Zustimmung nicht, so dürfte der Tarif durch Verbindlicherklärung seitens des Reichsarbeitsministeriums in Kraft gesetzt werden, was eventuell, wenn nötig, von uns beantragt werden wird.

Das Inkrafttreten des Tarifes macht mit den Beurreibungen, die durch Lohndruckversuche hervorgerufen wurden, ein Ende. Von Wichtigkeit sind insbesondere die Uebergangsbestimmungen, die der Schiedsspruch selbst geschaffen hat. Im Absatz 6 des Paragraphen 21 ist ausdrücklich festgelegt, daß von dem Stande der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie am 28. Februar bestanden haben, auszugehen ist. Diese Arbeitsbedingungen dürfen nur insoweit abgeändert werden, als es der neue Reichstarif (Schiedsspruch) vorsieht. Da durch den Schiedsspruch in der Lohnfrage nichts geändert ist, darf an den bestehenden Löhnen demnach nicht gerüttelt werden. Eine Ausnahme bildet nur die Lohnregelung nach § 6 für die jugendlichen weiblichen Altersklassen und es ist seitens der Vertrauensleute und Betriebsräte streng darauf zu sehen, daß die betreffenden Sparten dabei nicht benachteiligt werden. Wenn sich nach Inkrafttreten des Tarifes irgendwelche Lohndifferenzen zeigen sollten, ist es erforderlich, zu deren Austragung sofort die Verbandsinstanzen zuzuziehen.

Im weiteren Verlaufe widmete die Beiratssitzung noch den Schlußbestimmungen des Schiedsspruchs, die von der

Verpflichtung zur Aufnahme einer Lohnstatistik

handeln, ihre Aufmerksamkeit. Wenn es möglich wird, mit den Unternehmerorganisationen gemeinsam die Lohnstatistik aufzunehmen, dann ist dem Betriebsrat die Aufgabe zuzuweisen, an Hand der Buchführung genau nachzuprüfen, ob die Lohnauszüge auch stimmen.

Wenn aber jede Organisation für sich die Statistik macht, dann wird die Arbeiterschaft von jedem einzelnen Arbeiter in der betreffenden Woche die Lohntüten oder Lohnbuchauszüge benötigen, um die Beweiskraft ihrer Statistik nachzuweisen. Aus früheren Lohnverhandlungen schon ist bekannt, daß das Reichsarbeitsministerium auf die Beibringung einwandfreier Lohnstatistiken für kommende Lohnverhandlungen besteht. Die Arbeiterschaft darf sich nicht übertrumpfen lassen von dem Gegner; sie muß auch auf diesem Gebiete einwandfreies Material beibringen. Demnach ist es heute schon notwendig, daß überall der Kollegenschaft die Bedeutung der aufzunehmenden Lohnstatistik klargemacht wird.

•

Am Schlusse der Beiratssitzung wurden noch einige kleine Anfragen erledigt. Die eine derselben betraf die Wiederbesetzung des Bezirksleiterpostens für den Bezirk Nordwest. Auf der stattfindenden Bezirkskonferenz soll eine Klärung der Frage herbeigeführt werden. Eine weitere Anfrage nimmt auf den Bericht der Zahlstelle Berlin in der vorigen Nummer des „Schuhmacher" Bezug, in dem von einem angenommenen Antrag auf Entsendung eines Delegierten nach Rußland die Rede ist. Die Sache klärte sich dahin auf, daß nicht die Zahlstelle Berlin einen Delegierten entsenden will (was statutarisch unzulässig wäre), sondern daß der Berliner Antrag lediglich bezweckt, daß der Verbandstag sich mit der Frage einer Rußlandelegation befassen soll.

•

Der vorstehende Artikel war schon gesetzt, als wir auch über die Stellungnahme der Fabrikantenverbände näheres in Erfahrung bringen konnten. Danach haben die großen, maßgebenden Verbände der Schuhfabrikanten:

der Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten E. V.,
der Deutsche Hausschuhfabrikantenverband E. V. und der
Verband Deutscher Holzschuh- und Holzpantoffelfabrikanten E. V.

dem Schiedsspruch ebenfalls zugestimmt. Nicht zugestimmt bis zu dem gegebenen Termin haben lediglich zwei kleinere Fabrikantenverbände, der Pfälzer Schuhfabrikantenverein und der Schuhfabrikantenverein „Pirminia". Nach der nun gegebenen Sachlage können wir uns heute bereits wieder als unter dem Tarifzustand stehend betrachten, da an der Verbindlichkeitserklärung des Tarifs wohl kaum zu zweifeln ist.

Aus Beruf und Industrie.

Die „Schuhzeitung"

das heißt, die unter dem Haupttitel „Schuh und Leder" in Berlin erscheinende sogenannte Kampfmeyersche Zeitung, nischt ihren Lesern in ihrer Nummer 67 das Märchen auf, in Deutschland gäbe es noch die 60,000 Gewerkschaftssekretäre. An diese Behauptung werden dann eine ganze Reihe Anwürfe geknüpft. Wir wollen nicht untersuchen, unter welchem Vergrößerungsglas der Statistiker der „Schuhzeitung" die Dinge betrachtet hat, um zu dieser ungeheuerlichen Behauptung zu kommen. Jedenfalls in der Schuhindustrie ist die Zahl der Gewerkschaftsangestellten sehr gering. Auf alle Fälle liegt eine falsche Uebertreibung vor, um gegen die Arbeiterschaft zu hetzen. Denn wenn man auf je 1000 Gewerkschaftsmitglieder einen Angestellten rechnet (was aber gar nicht zutrifft), so kämen bei fünf Millionen Gewerkschaftsmitgliedern immer erst 5000 Angestellte heraus.

Wenn der Artikelschreiber der Meinung ist, daß die Gewerkschaftsangestellten überflüssig sind, was sagt er dann zu der Anstellung von Unternehmerjuristen, die man vor dem Kriege entbehrlich fand, deren es aber nach neueren Meldungen in Deutschland 44,000 geben soll? Wenn es auf genaue Untersuchung ankommt, entwickeln die Gewerkschaftssekretäre jedenfalls eine Tätigkeit, die volkswirtschaftlich doch wohl nicht gering anzuschlagen ist. Was sagt man übrigens zu dem ungewöhnlich großen Direktorenstab und dergleichen Einrichtungen, die heute die Production über Gebühr belasten?

Blausäure-Vergiftung durch ein Schuhpuzmittel.

In Berlin sind in der letzten Zeit bei den Angestellten eines Schuhwarengeschäftes Erkrankungen vorgekommen, die alle gleichmäßig verliefen und deswegen den Verdacht auf eine Vergiftung erweckten. Dieses wurde von Ullmann untersucht, und er stellte fest, daß die Erkrankung durch ein Schuhpuzmittel hervorgerufen wird, darüber berichtet er in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift.

In dem erwähnten Schuhgeschäft klagten mehrere der dort angestellten Mädchen über allgemeines Unbehagen, Müdigkeit, Abgeschlagenheit, Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit und Arbeitlust. Es wurde also dort festgestellt, daß ein flüssiges Schuhpuzmittel für Brokat- und Silberschuhe, das aus Amerika kam, verkauft wurde. Daß die Flüssigkeit giftig ist, steht nur ganz unauffällig auf dem Etikett in englischer Sprache. Die Untersuchung ergab, daß die Flüssigkeit nach bitteren Mandeln roch und freie Blausäure enthielt. Auf ein Kubikzentimeter wurden 0,007 Gramm Zyankali festgestellt: da die Flasche 35 Gramm enthielt, war in einer einzigen Flasche Schuhpuzmittel das Vierfache der für den menschlichen Körper tödlichen Dosis enthalten. Ferner wurden an Tieren Versuche gemacht. Einer Maus wurde 1 Kubikzentimeter des Schuhpuzmittels eingeflößt, sie verendete unter schwersten Krämpfen nach einer halben Minute. Einem Meerschweinchen wurde 1 Kubikzentimeter der Flüssigkeit eingegeben, nach einer Minute traten Schreikrämpfe, nach eineinhalb Minuten starke Muskelkrämpfe, nach drei Minuten schnappende Atemzüge und schließlich nach vier Minuten der Tod ein.

Dieses Schuhpuzmittel stellt also ein schweres Gift dar, das sowohl die Angestellten des Schuhwarengeschäftes als auch die Verbraucher schwer schädigen kann. Die Gefahr besteht erstens in der Möglichkeit, das Gift einzuatmen, ferner dadurch, daß mit dem Mittel beschmutzte Hände in den Mund gelangen, schließlich dadurch, daß in Hautwunden der Hände beim Putzen oder der Füße beim Tragen der Schuhe die Flüssigkeit gelangt. Auch besteht die Möglichkeit, daß beim Putzen die Flüssigkeit sogar durch die unverletzte Haut in den Körper eindringt. Es muß also als direkt fahrlässig bezeichnet werden, daß der Ausdruck „giftsalig" nur in englischer Sprache verzeichnet ist, ganz abgesehen davon, daß unbedingt zu fordern ist, daß derartige Mittel nicht in den Handel kommen dürfen. Ullmann fordert dabei mit vollem Recht: Sofortiges Verbot der Einfuhr, Beschlagnahme der vorhandenen Bestände, internationales Verbot der Herstellung derartig wichtiger Waren.

Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten.

Die Spanne zwischen den amtlichen Indexziffern für Großhandelspreise und für Lebenshaltungskosten ist ungewöhnlich groß. Während die Großhandelspreise in der zweiten Hälfte 1925 weitgehend abgebaut werden konnten, ist bei den Lebenshaltungskosten eine entsprechende Senkung nicht eingetreten. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ging von 136,4 im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1925 auf 122,1 im letzten Quartal zurück. Sie stand im Durchschnitt im Januar 1926 auf 120 und sank Mitte Februar weiter auf 118,8. Allerdings erscheint in dieser Großhandelsindexziffer das zur Zeit billige Getreide mit einem etwas zu großen Gewicht, weshalb andere Großhandelsindexziffern, wie z. B. die der „Frankfurter Zeitung" erheblich höher stehen. Dies ändert aber nichts an der Beurteilung der Bewegungsrichtung der Großhandelspreise im Gegensatz zu den Lebenshaltungskosten. Letztere sind seit Oktober des vergangenen Jahres bis Anfang Februar 1926 nur um 2,6 Prozent bzw. ohne Berücksichtigung der Mieten um 3,3 Prozent zurückgegangen, seit Dezember 1925 um 1 bzw. 1,5 Prozent und standen Ende Januar 1926 auf der ansehnlichen Höhe von 139,8 bzw. ohne Berücksichtigung der Mieten auf 152,1. Während also die Großhandelspreise erheblich niedriger lagen als im Ausland, stehen die Lebenshaltungskosten nahe denen im Ausland, und ihre Höhe ist angesichts der geringeren Einkommen viel drückender als die etwas höheren Lebenshaltungskosten in den westlichen Industriestaaten. Die Senkung der Großhandelspreise war die Folge der Geldknappheit, hervorgerufen durch mangelnde Auslandskredite in der zweiten Jahreshälfte 1925 und der nach vorhandenen Kreditrestriktionen. Die Geldknappheit zwang den Großhandel, mit seinen Preisen erheblich heruntergehen. Die Höhe der Lebenshaltungskosten zeigt aber, daß der Kleinhandel diese Bewegung nicht mitmachte, — hier wirkte also der Zwang der Geldknappheit nicht in dem Sinne, wie beim Großhandel. Der Einzelhandel empfing Bargeld vom Konsumenten, konnte aber selbst Kredite ausnutzen, und auch sonst scheint der Konkurrenzkampf innerhalb des Einzelhandels nicht kräftig genug gewesen zu sein, um zur Senkung der Preise zu führen. Auch waren die schlechten Gewohnheiten der Käufer aus der Inflationszeit schuld an dieser unheilvollen Entwicklung. Die Arbeiterschaft mußte die Krediteinschränkung mit Abnahme der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bezahlen, ohne daß sie in den gesunkenen Lebenshaltungskosten einen Ersatz gefunden hätte. So führte die Politik der Krediteinschränkungen nicht zum Ziel. Jetzt, wo die Einschränkungen fallen gelassen wurden, und auch ausländische Kredite einströmen, herrscht vorwiegend wegen der Zusammenbrüche im Großhandel eine Vertrauenskrise, welche der Ueberleitung der vorhandenen Kapitalien in die Wirtschaft hinderlich im Wege steht.

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn bei Heimarbeitern.

L. P. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn bei Heimarbeitern ist wesentlich anders, als der Steuerabzug vom Arbeitslohn der Arbeitnehmer, die keine Heimarbeiter sind. So finden beim Heimarbeiter die Bestimmungen über die steuerfreien Lohnbeträge und Freibeträge Anwendung keine Anwendung. Bei Heimarbeitern, deren Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit und auch nicht nach der Arbeitsleistung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gezahlt wird, beträgt die einzubehaltende Steuer 1 v. H. (s. B. bei 30 RM. Verdienst beträgt die einzubehaltende Steuersumme 0,30 RM.) des Brutto-Arbeitslohnes (also des Arbeitslohnes, von dem noch keine Abzüge wie Krankenkassengeld usw. vorgenommen worden sind).

Macht ein Heimarbeiter, bei dem der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit und auch nicht nach der Arbeitsleistung innerhalb einer bestimmten Zeit gezahlt wird, beim Finanzamt glaubhaft, daß sein Arbeitslohn im Monatsdurchschnitt die steuerfreien Lohnbeträge (100 RM.) und die Beträge, die für seinen Familienstand als Familienermäßigung vom Steuerertrag frei sind (Ehefrau 10 RM., 1. Kind 10.—, 2. Kind 20.—, 3. Kind 40.—, 4. Kind 60.—, 5. Kind und jedes folgende Kind 80.—), nicht überfteigt, so hat das Finanzamt das Wohnsitzes des Heimarbeiters auf der Steuerkarte mit dem Vorbehalt des Widerrufs zu vermerken, daß ein Steuerabzug nicht vorzunehmen ist. Ist dieser Vermerk vom Finanzamt auf der Steuerkarte eingetragen, so ist der Arbeitgeber für alle Lohnzahlungen innerhalb des in dem Vermerk bezeichneten Zeitraums berechtigt und verpflichtet, von der Vornahme des Steuerabzuges abzusehen.

Wenn aber bei Heimarbeitern ein Zeitraum, für den der Lohn gezahlt wird, festgestellt werden kann, gelten die allgemeinen Bestimmungen, die obigen Sonderbestimmungen kommen in Wegfall.

Gewerkschaftliches.

Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Im Einverständnis mit den zuständigen Stellen des Verbandes hat der Vorstand vor einigen Monaten in Bad Dürrenberg an der Bahnstrecke Corbetha—Leipzig das dortige Kurhaus gekauft, um für den Deutschen Metallarbeiter-Verband eine eigene Wirtschaftsschule einzurichten. Die Schule wurde in diesen Tagen eröffnet. Vorgelesen sind zunächst dreiwöchentliche Kurse für die Betriebsräte und Funktionäre des Verbandes. Der Lehrplan sieht als Hauptgebiete vor: Wirtschaft, Arbeitsrecht, kaufmännische und technische Betriebslehre.

Zunächst kommen in Frage Kurse für Kollegen der Schwerindustrie, der Kollegen der Elektrizitätswerke, der Kollegen im Automobilbau und der Kollegen der See- und Flußschiffswerften. Die Kosten für die Kursusteilnehmer, die im Kurhaus freie Verpflegung und Logis, ferner Reisegeld und eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst bekommen, trägt die Hauptkasse des Verbandes.

Die Eröffnung der Wirtschaftsschule erfolgte im Anschluß an eine Konferenz des Reichsbeirates der Betriebsräte des DMV., zu welcher auch die drei AfA-Verbände (Zentralverband der Ange-

---

kapitalistische Reaktion zu verteidigen; aber eine ganz andere Frage ist es, ob wir Einladungen annehmen von Leuten, die uns als Verräter hinstellen, und auf ihre Kosten Reisen machen. Wie sollen wir uns also zu dem Gedanken stellen, daß die österreichischen Arbeiter eine Delegation nach Rußland schicken? Ich finde den Wunsch sehr begreiflich, zu sehen, was in Rußland geschieht. Aber wenn es sich nicht um eine persönliche Spazierfahrt handelt, sondern um eine politische Aktion, muß man sich doch fragen, wozu man dabei studieren kann welchen praktischen Nutzen wir für unseren Kampf aus der Sache ziehen können. Lassen Sie mich da ein sehr charakteristisches Beispiel anführen, was man bei einer solchen Reise sehen kann. Vor ein paar Monaten war hier in Wien eine Delegation unserer polnischen Genossen. Wir haben ihnen gezeigt, was es Schönes in Wien gibt: den Fuchsenfeldhof, die Kinderhorte und Schulen. Sie sind dann nach Hause gefahren und dort hat der Genosse Czapinski seine Eindrücke geschildert. Da ist mir zum ersten Male klar geworden, wie gefährlich solche Delegationen sind. Er erzählte, wie die Wiener Arbeiter wohnen, und da hat er den Fuchsenfeldhof geschildert (Heiterkeit), wie für die Arbeiterkinder gesorgt ist, und da schilderte er den schönsten Kinderhort. Selbstverständlich haben wir den Genossen Czapinski und der er die polnischen Arbeiter nicht tauschen wollen. Aber selbstverständlich haben wir ihm das Schönste, was wir geschaffen haben, gezeigt und er hat von dem Schönsten erzählt. Und so war der Eindruck, den man aus diesen Schilderungen bekommen mußte, doch falsch, weil es so ausgesehen hat, als ob alle Wiener Arbeiter so wohnen würden wie im Fuchsenfeldhof. Seither verstehe ich auch gewisse Berichte der Rußlandorganisationen. Man zeigt ihnen das schönste Urlaubserholungsheim und erzählt ihnen, wie die russischen Arbeiter ihren Urlaub verbringen. Daß das aber nur ein kleiner Prozentsatz ist, das entgeht ihnen leicht. Und diese Gefahr ist in Rußland größer als in Wien. Unter den polnischen Genossen waren einige, die gut deutsch sprechen konnten. Und wenn Czapinski sich über Wien unterrichten wollte, dann mußte er sich nicht nur von uns erzählen lassen, sondern er konnte auch die tägliche Kritik der bürgerlichen Blätter über die Rathausverwaltung lesen. Wenn einer heute nach Rußland kommt, glauben Sie, daß da nach den Erfahrungen des Genossen Deviatkin es noch jemand wagen wird, zu einer fremden Arbeiterdelegation zu gehen und ihr zu sagen: das und das ist nicht schön? Glauben Sie, daß es für uns möglich ist, nach Rußland zu gehen und uns Rußland von den Kommunisten schildern zu lassen, während keiner von unseren Genossen es dort wagen könnte, mit uns zu sprechen, außer denen, die uns im Gefängnis vorgeführt werden? Unter solchen Umständen darf man sich doch nicht täuschen, was eine Arbeiterdelegation dort sehen kann! Gewiß, sie wird nicht ein Rußland des Hungers, der Verzweiflung sehen, sondern sie wird ein Rußland kennenlernen, in dem die Wirtschaft aufsteigt, sie wird, und das unterstreiche ich, sehr viel Gutes in Rußland sehen können.

Was soll aber damit bewiesen werden?

Glaubt jemand wirklich, daß die Fragen, die uns von den Bolschewiki trennen, auf diese Weise geklärt werden können? Kann man in Rußland Studien über den Terror anstellen? Den werden unsere Genossen dort nicht studieren können, denn da müßten sie auch mit den russischen Sozialdemokraten reden können. Oder kann man die verheerenden Wirkungen der Spaltungspraxis der Bolschewiki in Rußland studieren? Die muß man in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Deutschland studieren! Troxdem sage ich: Gewiß, ich kann mir ganz gut vorstellen, daß auch wir einmal eine Arbeiterdelegation nach Rußland schicken. Aber kann machen wir es selbst; die Herren aus der Alserstraße brauchen wir nicht dazu. Habet hat einmal gesagt, man solle Klubs der Harmlosen gründen, harmlose Leute einsangen unter irgendeinem schönen Titel und Ziel und ihnen sagen, das sei eine parteilose Sache. Ich muß sagen, ich würde mich nicht gern in die Rolle begeben, von den Kommunisten für gar so harmlos gehalten zu werden. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß die Genossen, die das unterschrieben haben — ich will ihnen gar keinen Vorwurf machen —, daß sie unwissentlich die Rolle von solchen Harmlosen spielen. Es wäre daher ratsam, eine Unterschrift nicht zu geben, ohne sich mit seiner Parteiorganisation oder seiner Gewerkschaft zu beraten. Wenn jemand daßteren fahren will, ist das seine private Sache; es ist selbstverständlich niemand verboten, nach Rußland zu fahren. Es sind ja auch von unseren Genossen vor kurzem einige nach Rußland gefahren, von den Genossenschaften, um mit den Genossenschaften Rußlands Geschäfte zu machen. Das ist etwas anderes als eine politische Reise mit politischer Aufmachung auf Kosten der Sowjetregierung. Wenn wir als Partei dazu kommen, eine Arbeiterdelegation zu schicken, hätte das zwei Voraussetzungen.

Wir können nur hinfahren, wenn das möglich wäre, ohne die Solidarität mit den russischen Sozialdemokraten zu verletzen, (Sehr richtig!) Amnestie und Legalisierung der sozialistischen Parteien würde uns die beste Garantie bieten. Denn sie erst gäbe uns die Möglichkeit, unabhängig zu informieren, auch mit russischen Sozialdemokraten zu sprechen, ohne daß sie in Gefahr kommen, das Schicksal Deviatkins zu erleiden. Zweitens aber: Man darf sich bei so einer Reise auch nichts von seiner eigenen Selbstachtung vergeben. Es wäre viel leichter, hinzufahren, wenn die Kominusinistische Internationale den sehr aussichtslosen Versuch aufgeben würde, was in unserem eigenen Lande zu bekämpfen, zu beschimpfen und zu verleumden. Bei diese Voraussetzungen gegeben sein werden, dann werden wir nach Rußland fahren.

Es können noch Situationen kommen, wo Rußland die starke Hilfe der Arbeiter aller Länder braucht. Es wäre sehr unklug, wenn es dabei auf die machtlosen kommunistischen Gruppen rechnen würde; ich glaube, daß ihr viel besser dran, das Hindernis zu beseitigen, das heute noch das Zusammenwirken zwischen den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Massen mit dem russischen Proletariat erschwert. Und deswegen, Genossen, sind wir überzeugt, daß wir nicht nur im Interesse der europäischen Proletarier, sondern im Interesse der russischen Revolution selbst handeln, wenn wir jede Gelegenheit benützen, um den Bolschewiki zu sagen: Gegen die kapitalistische Reaktion jede Hilfe! Dichtere Wirtschaftsbeziehungen? Wo es nur möglich ist! Zusammenwirken gegen den Feind? Selbstverständlich! Aber tut etwas dazu, um uns das zu erleichtern und die Hemmungen zu beseitigen! Tut etwas dazu, macht es uns moralisch möglich, daß wir ganz und ohne Vorbehalt zu euch stehen können, indem ihr unsere Genossen in eurem Lande nicht weiter mißhandelt und die Einheit des Proletariats in den anderen Ländern nicht mehr angreift! Und wenn wir sagen, daß das die Voraussetzungen und Bürgschaften sind für eine Auslandsdelegation, so hoffen wir, damit einen Eindruck auf die russischen Arbeiter und die Bolschewiki zu erzielen im Interesse der Beendigung des Bruderkampfes in der ganzen Welt. Man führt diese Wirkungen, die wir erzielen wollen, wenn man ohne Voraussetzungen und ohne Garantie zu reisen bereit ist, wo wir gerade durch die Stellung von Voraussetzungen eine Wirkung zu erzielen suchen im Interesse der Festigung des Bündnisses der internationalen Arbeiterbewegung mit der russischen Revolution. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

stellten, Bund der technischen Angestellten und Werkmeisterverband) Vertreter entsandt hatten.

Zusammenfassung der Kaufmannslehrlinge.

Schulentlassung und noch einige freie, frohe Stunden, dann beginnt für den Jungen und das Mädchen die berufliche Tätigkeit in Laden und Kontor. Das tägliche Spiel mit den Kameraden muß ernsterer Arbeit Platz machen. Berufliche Ausbildung heißt für den jungen Menschen, sich das Rüstzeug zu schaffen, um allen späteren Anforderungen Genüge zu leisten. Gerade der kaufmännische Beruf fordert von dem einzelnen viel Wissen. Nichts darf unterlassen werden, was der Lehrlingsausbildung förderlich sein kann. Dazu gehört, daß sich der Lehrling einer Organisation anschließt, die bestrebt ist, sein berufliches und Allgemeinwissen zu fördern. Das ist der Zentralverband der Angestellten. In seiner Jugendgruppen wird diese ernste Arbeit gepflegt, daneben fehlen aber nicht die edle Geselligkeit, Wandern, Sport und Spiel. Sofort nach Beitritt zum ZdA. erhält der Jugendliche kostenlos die „Jugendblätter des ZdA.". Sie enthalten Aufsätze über Buchführung, Scheck- und Wechsellehre, Reklamewesen usw. Auf Anfordern wird ein Probeexemplar übersandt. In über 700 Orten betreiben sich Geschäftsstellen oder Gruppen des Verbandes. Die Hauptgeschäftsstelle Berlin SO. 26, Oranienstraße 40/41, gibt alle gewünschten Auskünfte.

Kommunistische Gewerkschaftsbildung.

Im Dezemberheft der „Kommunistischen Internationale" wurde in einem Artikel: „Die Aufgaben der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen" über die bisherige kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften berichtet. Im Anschluß daran wurden Anweisungen gegeben über die in Zukunft einzuschlagenden Wege. Der Artikel zeichnet sich durch eine gewisse Offenheit aus. Es wird darin ehrlich eingestanden, daß die Kommunisten in der deutschen wie in der europäischen Gewerkschaftsfrage nirgends einen nennenswerten Erfolg buchen konnten, daß vielmehr der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften auf der ganzen Linie sich in starkem Rückgang befindet. „Die kommunistischen Fraktionen in den zahlreichen Gewerkschaftskonferenzen des Sommers 1925 waren in der Mehrzahl der Fälle auf ein Fünftel, ein Zehntel und einen noch geringeren Bruchteil ihres früheren ziffernmäßigen Bestandes zurückgegangen", so klagt der Artikelschreiber. Auf die gewerkschaftliche Organisationsfeindlichkeit der Kommunisten, verbunden mit notgedrungener Beitragszahlung, wirft folgende Auslassung des Artikelschreibers das bezeichnende Licht: „In Deutschland ist es auch kein geringer Bruchteil der (kommunistischen) Partei, der den Gewerkschaften nicht angehört. Der Beschluß der Partei bezüglich des Eintritts in die Gewerkschaften bis zum 1. Februar ist nicht zur Ausführung gekommen. Die letzte Parteikonferenz (September) forderte von neuem eindringlich die Durchführung des Beschlusses. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der in den reformistischen Verbänden organisierten Arbeiter macht die Zahl der daselbst organisierten Kommunisten etwa ein Prozent aus." Nach der interessanten Feststellung, daß der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die unorganisierten Massen ein viel größerer ist als auf die in den Gewerkschaften organisierten, wird die bisherige kommunistische Gewerkschaftsarbeit als eine „Schwanzpolitik" im Fahrwasser der reformistischen Gewerkschaftsführer bezeichnet. Dann heißt es weiter: „Gaben diese die Losung aus: 10prozentige Lohnerhöhung, dann stellten wir die Forderung nach 20- oder 40prozentiger Lohnerhöhung und glaubten, durch diesen „Radikalismus" die Arbeiter für uns zu gewinnen." In vernichtender Selbstkritik bringt der erwähnte Artikel noch eine Fülle von Beispielen, die darlegen, welch eine Sisyphusarbeit die Kommunisten in den Gewerkschaften geleistet haben und wohl immer leisten werden. Was die Arbeiterschaft benötigt, ist eben nicht eine besondere „kommunistische" Gewerkarbeit, sondern die Gewerkschaftsarbeit des gesunden Menschenverstandes.

Unfallverhütung.

Es liegt im eigenen Interesse der Berufsgenossenschaften als Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, dafür zu sorgen, daß Betriebsunfälle möglichst vermieden werden. Es dürfte in vielen Kreisen bereits bekannt sein, daß die Berufsgenossenschaften nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung verpflichtet sind, sogenannte Unfallverhütungsvorschriften herauszugeben, welche in den betreffenden Betrieben an sichtbarer Stelle auszuhängen sind. Diese gesetzliche Verpflichtung der Berufsgenossenschaft ist jedoch durch das Gesetz vom 14. Juli 1925 noch bedeutend erweitert worden. Es ist durch dieses Gesetz folgende Vorschrift in die Reichsversicherungsordnung aufgenommen worden: „Die Berufsgenossenschaften müssen dafür sorgen, daß, soweit es nach dem Stande der Technik und der Heilkunde und nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft möglich ist, Unfälle verhütet werden und bei Unfällen den Verletzten eine wirksame erste Hilfe zuteil wird." Die bisherigen Vorschriften über die Unfallverhütung sind auch weiterhin noch bestehen geblieben.

Durch diese neue Bestimmung ist den Berufsgenossenschaften mehr noch wie bisher die möglichste Verhütung von Betriebsunfällen zur Pflicht gemacht. Weiter ist durch das neue Gesetz noch bestimmt worden: „In den Unfallverhütungsvorschriften können den Mitgliedern (Arbeitgebern) Verpflichtungen für die Hilfe bei Unfällen und den Verletzten (Arbeitern) Verpflichtungen für ihr Verhalten bei Unfällen auferlegt werden." Diese neue Bestimmung ist ebenso notwendig, wie ihre Durchführung in der Praxis wünschenswert ist. Den Arbeitgebern kann dadurch die Verpflichtung auferlegt werden, für Verbandsräume, Schwestern, oder in großen Betrieben für die ständige Anwesenheit eines Arztes zu sorgen. Auch bei der Einstellung von Aufsichtsbeamten ist den Berufsgenossenschaften eine neue Verpflichtung auferlegt worden. Die Einstellung der technischen Aufsichtsbeamten, welche für die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften usw. zu sorgen haben, darf künftig nur noch mit Genehmigung des Reichsversicherungsamtes erfolgen. Diese oberste Aufsichtsbehörde für die Sozialversicherung kann die Einstellung von der Nachweisung einer bestimmten und ausreichenden Vorbildung abhängig machen.

Der Wortlaut des § 883 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung ist ebenfalls zum Wohle der Versicherten und im Interesse einer wirksamen Unfallbekämpfung geändert worden. Die Berufsgenossenschaften sind nach dem neuen Gesetz verpflichtet, den Reichsversicherungsämtern über die getroffenen Maßnahmen zur Unfallverhütung und über die Maßnahmen, die zur ersten Hilfeleistung von den Arbeitgebern verlangt und gefordert werden, zu berichten. Weiter sind sie verpflichtet, den staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten über ihre Erfahrungen und getroffenen Maßnahmen Mitteilung zu machen. In die Verpflichtung der Berufsgenossenschaften aber neuerdings sogar noch weiter. Die Berichte über die getroffenen Maßnahmen sind den Reichstag vorzulegen. Diese Bestimmung ist äußerst wichtig. Die Berufsgenossenschaften müssen der obersten Volksvertretung über ihre Tätigkeit Bericht erstatten.

Sind die Maßnahmen der Versicherungsträger nicht genügend, so wird dann sofort eine nutzbringende Kritik der Volks- und Versichertenvertreter im Reichstag einsetzen. Aber noch einen anderen Vorteil hat diese Neuregelung. Die Berichte und Erfahrungen der Berufsgenossenschaften kommen in die Oeffentlichkeit und werden weiten Kreisen bekannt. Die Berichte können statistisch erfaßt und bearbeitet werden. Die Wissenschaft der Unfallverhütung bekommt dadurch Grundlagen, nach welchen ein weiteres Arbeiten eben und mit bessern Aussichten möglich sein wird. Durch das Gesetz vom 14. Juli 1925 ist also die systematische Unfallbekämpfung in ein neues Fahrwasser geraten. Es ist sehr zu hoffen, daß die Erfolge nicht ausbleiben. Den Arbeitern kann immer nur zugerufen werden, daß sie diese Bestrebungen im eigenen Interesse unterstützen. Es ist eine bekannte und statistisch nachzuweisende Tatsache, daß ein großer Prozentsatz aller Unfälle auf die Unachtsamkeit oder auf den Leichtsinn der Arbeitnehmer selbst zurückzuführen sind. Hier muß jeder selbst helfend einarbeiten und dem jugendlichen oder sorglosen Mitarbeiter mit gutem Beispiel vorangehen.

Es ist nicht zu verkennen, daß sich die Berufsgenossenschaften, wenigstens ein großer Teil von ihnen, große Mühe gibt, die Betriebsunfälle auf ein geringeres Maß zurückzudrücken. Mit allen möglichen Mitteln wird dies zu erreichen versucht. Unfallverhütungsvorschriften, Bilder, Lichtbilder, der Film usw., alles wird in den Dienst der guten Sache gestellt.

Wie aus der Tagespresse bereits bekannt sein wird, findet im nächsten Jahre in Düsseldorf eine große Ausstellung statt. Dieses Unternehmen, welches eine großartige Ausstellung für Gesundheitspflege, Körperpflege, Sport und allen damit zusammenhängenden Gebieten sein wird, führt den Namen „Gesolei".

Auf dieser Ausstellung ist den Trägern der Reichsversicherung ein eigener großer Pavillon zur Verfügung gestellt. Die Berufsgenossenschaften werden Gelegenheit haben, die Bestrebungen zur Unfallverhütung und Bekämpfung hier einmal geschlossen und zusammenhängend weiten Kreisen zugänglich zu machen.

Kleeis (Weimar).

Unser Gott!

O, großer, goldner Tag brich an,
Wo alle Not vergeht;
Und 's Elend aus dem finst'ren Bann
Zu Glück und Sonne geht.
Wo nicht der Hunger geht zum Spott,
Uns Armut nicht entblößt . . .
Der goldne Tag, der uns erlöst
Ist unser Gott.

O, großer, goldner Tag geh' auf
Mit deinem Sonnenschein.
Dein wahrer Freiheit kühner Lauf
Dring' in die Menschen ein.
Gib uns, was all die Arbeit schafft,
Von Gold und Ueberfluß,
Zeig' aller Welt dein ehrnes Muß
Und deine Kraft.

O, großer, goldner, heil'ger Tag,
Brich an, geh' auf und sprich:
Welt, ich errette dich vor Schmach,
Vernunft, führ' mich zum Sieg.
Gottmenschheit, werde stark und frei,
Laß alle Herzen glüh'n,
Die Liebe soll auf Erden blüh'n,
Daß Gott ich sei.

Paul Tebner.

Wochen-Rundschau.

Das Volksbegehren hat einen überwältigenden Erfolg gehabt. Die 12½ Millionen Stimmen, die eingezeichnet wurden, bedeuten eine moralische Verurteilung der bahnlerischen deutschen Fürstenhäuser. Nun muß für den Volksentscheid gerüstet werden.

Eine Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung ist seitens der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beim Reichsarbeitsministerium durch eine gemeinsame Eingabe mit dem Ersuchen in Anregung gebracht, recht bald Besprechungen anzuberaumen. Die Gewerkschaften fordern, ehe das Gesetz betreffend die Arbeitslosenversicherung, auf dem langwierigen Wege durch den Gesetzgebungsapparat seine Erledigung findet, eine einstweilige Zwischenlösung, die höhere Unterstützungssätze und ein vereinfachtes Gesamtverfahren herbeiführt. Hoffentlich verschließt sich das Reichsarbeitsministerium nicht diesen Notwendigkeiten und beraumt die angeregten Beratungen mit der Gewerkschaftsvertretung alsbald an.

Preisermäßigung für Jugendfahrten. Am 1. April vorigen Jahres ist bekanntlich eine bedeutende Verteuerung der Jugendfahrten eingetreten. Die Reichsbahnverwaltung hatte die Fahrpreise von 50 auf 66⅔ Prozent des Tarifs heraufgesetzt. Inzwischen haben verschiedene Reichstagsabgeordnete sich für die Wiederherstellung der früheren Fahrpreisermäßigung für Jugendliche eingesetzt. Das Plenum des Reichstags hat nunmehr einem darauf abzielenden Antrage entsprochen, und es ist zu hoffen, daß die früheren Vergünstigungen für Jahrten der Jugendorganisationen wieder in Kraft treten werden. Die Leiter unserer Lehrlingsabteilungen seien besonders hierauf aufmerksam gemacht.

Den Grad der **Erwerbslosigkeit im Reiche** kennzeichnen folgende für die zweite Februarhälfte errechnete Angaben: Die Zahl der erwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger hat in der zweiten Hälfte des Februar keine nennenswerte Senkung ergeben. Zwar ist bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern gegen den 15. Februar eine Verminderung von 1,772,338 auf 1,750,755 eingetreten. Dem steht aber bei den weiblichen Hauptunterstützungsempfängern eine Zunahme von 286,054 auf 306,050 gegenüber. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von 2,058,392 am 15. Februar auf 2,056,805 am 1. März zurückgegangen. Das bedeutet eine Abnahme von 1 pro Mille. Die Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen weist für den gleichen Zeitraum einen starken Rückgang auf, und zwar von 2,330,875 auf 2,279,518.

Die **englischen Arbeitslosenziffern** gehen von Woche zu Woche zurück. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Mitte Februar 1,139,000. Gewiß noch eine hohe Ziffer, dennoch um rund 100,000 niedriger als vor einem Jahr.

Die **Konkurseröffnungen im Februar** sind seit August 1925 erstmalig zurückgegangen, und zwar nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank" von 2104 im Januar auf 2060. Anderseits sind aber die mangels Masse zurückgewiesenen Konkurse (von 102) auf 124 gestiegen. Ebenso zeigt die Bewegung der Gesellschaftsaufsichten eine Zunahme von 1573 auf 1580.

Die **Collzinsen der Provinzbanken** wurden entsprechend dem Beschluß der Berliner Stempelvereinigung ab 1. März von 10 Prozent auf 9 Prozent ermäßigt. Da die Habenzinsen schon mit Wirkung vom 25. Februar von 6 auf 5½ Prozent herabgesetzt wurden, ist also vom 1. März an die Zinsenspanne für die Banken um ½ Prozent niedriger. — Zeitungsmeldungen zufolge hat sich die Reichsbank nunmehr auch entschlossen, ihren Lombardzinsfuß von 10 auf 9 Prozent herabzusetzen. Danach betrage die Spanne zwischen Lombard- und Wechselzinsfuß der Reichsbank wieder, wie vor der Inflationszeit, 1 Prozent.

Im Zusammenhang mit dem abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen hat die deutsche Regierung sich bereit erklärt, die Verhandlungen der Sowjetregierung über die Gewährung von Industriekrediten durch die deutsche Wirtschaft nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern. Auf Grund eingehender Vorbesprechungen der beteiligten Ressorts hat die Reichsregierung nach erfolgtem Austausch der Ratifikationsurkunden den Beschluß gefaßt, durch Uebernahme einer 35prozentigen Garantie deutsche Industrielieferungen im Gesamtbetrage von 300 Millionen Reichsmark an die Wirtschaftsorgane der U. d. S. S. R. zu ermöglichen und dadurch der deutschen Wirtschaft bessere Möglichkeiten zur Steigerung des deutschen Exports zu verschaffen. Insbesondere ist an die Unterstützung der deutschen Maschinenbauindustrie gedacht, nicht aber an die Industrien zur Erzeugung des täglichen Bedarfs.

Der ADGB. Bund hat gemeinsam mit dem ADGB. den Reichs- und Staatsministerien, die für Kultur, Wissenschaft und Schulwesen in Frage kommen, eine Eingabe übermittelt, in der gefordert wird, daß zur Vertiefung der arbeitsrechtlichen Forschung an den äußeren Universitäten **Lehrstühle für Arbeitsrecht und Sozialversicherung** eingeführt werden. In Vorschlag werden die Universitäten Breslau, Halle, Königsberg, Münster, Frankfurt a. M., München, Leipzig, Tübingen, Heidelberg, Jena und Gießen gewählt.

Die **Luxussteuer** erbrachte Umsatzsteuer soll nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers zum 1. April beseitigt werden. Dr. Reinhold erhofft davon eine baldige Belebung der hochentwickelten deutschen Qualitätsindustrie. Eine weitere Herabsetzung der Umsatzsteuer unter 0,6 Prozent erklärt der Reichsfinanzminister für unmöglich mit Rücksicht auf die Dawes-Lasten.

Die neue **Stimmenverteilung im Reichsrat** nach der letzten Volkszählung ist folgende: Preußen 27, Bayern 11, Sachsen 7, Württemberg 4, Baden 3, Thüringen, Hessen und Hamburg je 2 Stimmen, die übrigen Staaten je 1 Stimme, zusammen 68, gegen bisher 66 Stimmen.

Wegen des **300-Millionen-Kredits für Rußland** erklärt die „Kölnische Zeitung", Nr. 156 vom 14. März, zuverlässig aus Berlin, daß darüber noch immer keine Einigung erzielt worden sei. Die beteiligten Banken, vor allem die Deutsche Bank, stehe auf dem Standpunkte, daß den Russen keine günstigeren Bedingungen eingeräumt werden dürfen als inländischen Kreditnehmern.

Johann Schaller †

Am 21. März hat der Tod unseren Kollegen Johann Schaller in München, der noch in der Blüte des Lebens stand, hinweggerafft. Kollege Schaller hatte sich einer Operation unterziehen müssen, deren Nachwirkungen er leider erlegen ist. In dem Kollegen Schaller verlierte die Zahlstelle München einen Führer, dem sie außerordentlich viel verdankt. Mit großem Geschick hat er dort die Bewegung gefördert und emporgebracht. Seiner Arbeit ist es hauptsächlich mit zu danken gewesen, daß dort die Zahl der Unorganisierten immer mehr zusammenschrumpfte. In Anerkennung seiner Fähigkeiten wurde dem Kollegen Schaller am 1. Januar 1919 der Posten des Ortsangestellten übertragen, welchen er bis jetzt mit Umsicht und Treue verwaltete. Mit der Münchener Kollegenschaft stehen wir nun in Trauer an der Bahre des Tobingeschiedenen.

Kollege Schaller ist nur 45 Jahre alt geworden. Er war geboren am 8. September 1880 in Radersdorf. Außer in München hat er sich auch an den anderen Plätzen in Oberbayern das Gedeihen der Organisation sehr angelegen sein lassen. Das musterhafte Pflichtgefühl unseres aufrechten Freundes und Mitarbeiters soll uns allen als leuchtendes Beispiel zur Nacheiferung dienen. Sein Andenken wird stets in Ehren bleiben!

Mitteilungen.

Berlin.

Richtigstellung. In dem Versammlungsbericht in der vorigen Nummer ist eine unrichtige Wendung entstanden. Bezüglich des Beschlusses auf Einsendung einer Auslandsdelegation ist richtigzustellen, daß der gegen wenige Stimmen angenommene Beschluß als ein Antrag an den Verbandstag aufzufassen ist. Also noch die Zahlstelle Berlin will von sich aus einen Delegierten entsenden.

Literatur.

„Jugend-Liederbuch". 7. Auflage. 350. bis 400. Tausend. Zusammengestellt von August Albrecht. 176 Seiten. Preis kartoniert 50 Pf., in Ganzleinen 80 Pf. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Beuth-Straße 8. — Mit dieser bedeutsamen, verbesserten Auflage erreicht das bekannte Liederbuch das 350. bis 400. Tausend, sicher ein Beweis seiner großen Beliebtheit.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 28. März bis 4. April 1926 ist der **14.** Beitrag fällig.

Betr. Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Zählung war der 27. März. Alle noch fehlenden Ortsverwaltungen müssen ihre Berichtskarten umgehend an den Vorstand einsenden. Mit dem Abrechnungsmaterial erhält jede Zahlstelle drei Berichtskarten, für die folgenden drei Monate bestimmt, zugestellt. Der Verbandsvorstand hat die Pflicht, für pünktliche Einsendung jeden Monat Sorge zu tragen. Richtig mit 5-Pfennigmarke frankieren!

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen.

Auf Grund des § 6 Ziffer 1 des Statuts wird der Zahlstelle Schwerin/Warnow ab 28. März 1926 die Genehmigung erteilt, den bisherigen Lokalbeitrag von 5 Pfg. in allen Klassen auf 10 Pfg. zu erhöhen.

Die Mitglieder genannter Zahlstelle machen wir darauf aufmerksam, daß die Nachzahlung dieses Extrabeitrages die Folgen des § 8 Abs. 4 nach sich zieht.

Nürnberg, den 27. März 1926. Der Vorstand.

Anzeigen.

Achtung Pirmasenser!

Den werten Lesern des „Schuhmachers" zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich in **Pirmasens, Mozaristraße 26,** eine

Schäftehandlung und Sohlenlederausschnitt-Geschäft

eröffnet habe. — Gute Bedienung ist mein Hauptzweck.

Ludwig Schweitzer
Lederausschnitt, Mozaristraße 26.

1 Handdoppelmaschine
Gitzner, Modell 24, fast neu, zu verkaufen. Oberleder-Zuschnitt Boxcalf (Kappen und Kreder) schwarz und braun, 4 Pfund Mk. 7.50 Nachnahme.
Chr. Oberdein, Kassel, Denisiegasse 5

MODELL-WINKEL
Reduktionszirkel, Fachschriften zum Modellieren Schulunterricht Liste 9 kostenfrei.
H. Franke, Artern 17.

In jede Arbeiterfamilie gehört die **politische Arbeiterpresse!**

Unserem lieben Kollegen Hartmann und seiner lieben Anna zur Hochzeitsfeier „grünen" Heidwitt nachträglich **die besten Glückwünsche.**
Mehrere Kollegen der Firma Zeugirg, Dresden.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 83
Generalvertretung der Firma Johannes Haas Söhne, Tuttlingen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
„Amtliche Verkzeuge für Haus- u. mechan. Arbeit.
Exp. Schl. Schwedische Messer, Marke „Hackel".
Spezialwerkzeuge für Schlosserbedarf. — Höhlschleifer Fabrikat Lamonnier.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (A. Simon), Nürnberg, Essenweinstraße 1.